

Rede von Peter Förster für den AK Zivilklausel bei der Mahnwache der DIDF am 30.07.2016

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

mit Schrecken erleben wir, dass seit dem dilettantischen Putschversuch in der Türkei seitens der Erdoğan-Regierung staatliche Repression massiv ausgeweitet wird und in rasantem Tempo der Rechtsstaat abgebaut und der Weg zu einem autoritären, neoliberal-islamischen Reich beschritten wird. Derweil hält die deutsche Regierung die Füße still, sucht den Flüchtlingsdeal mit der Türkei aufrecht zu erhalten, die deutschen Waffenexporte in die Türkei sind in der veröffentlichten Meinung kaum Thema. Auf die Frage, inwieweit es für die Bundesregierung relevant sei, ob diese Waffen in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten zur Niederschlagung von Protesten angewandt werden, erklärt die Bundesregierung lediglich, dass sie die türkische Regierung mehrfach dazu aufgerufen habe, „sicherzustellen, dass die türkischen Sicherheitskräfte in ihrem Vorgehen gegen Kämpfer der Terrororganisation PKK verhältnismäßig vorgehen und rechtsstaatliche Vorgaben einhalten.“ Diese Verhältnismäßigkeit kann man sich in den zerstörten Gebieten im Osten der Türkei anschauen. Hier wird ein gnadenloser Krieg gegen die Zivilbevölkerung geführt. Ein Krieg, der selbst nach den Schätzungen der Bundesregierung bereits 100 000 Menschen in der Türkei zu Binnenflüchtlingen gemacht hat.

Zur Erinnerung: Vor einem Jahr hat die HDP die 10-Prozent-Hürde übersprungen, damit die Mehrheit der AKP im türkischen Parlament beendet. Seitdem hat die Regierung Erdoğan die Friedensverhandlungen mit der PKK aufgekündigt, hat den Krieg insbesondere gegen die kurdische Bevölkerung ebenso intensiviert wie die Verfolgung der Opposition im Inneren. Wir erleben, wie in Deutschland, wie in der Türkei mit der Angstmacherei vor inneren und äußeren Feinden abgelenkt werden soll von sozialer Ungleichheit, vom Scheitern neoliberaler Politik, vom gemeinsamen Interesse und gemeinsamen Hoffnungen der Völker nach Frieden, nach Solidarität und einer menschenwürdigen Zukunft. Kriege werden wesentlich aus innenpolitischen Gründen angezettelt: Weil die politisch und wirtschaftlichen Eliten das Aufbegehren der Bevölkerungen fürchten. Ich weiß noch gut, dass wir vor dem zweiten Wahlgang in der Türkei gehofft haben, dieses grausame Kalkül würde nicht aufgehen. Wie wir damals vielleicht etwas vorschnell waren mit unseren Hoffnungen, sollten wir heute nicht schwarz sehen.

Opposition findet weiterhin statt: Der türkische Journalist Fatih Polath sagte, es sei historisch, dass 2000 türkische Wissenschaftler eine Petition für den Frieden in der Türkei unterzeichnet hätten. Solche geballte Kritik habe es aus den Hochschulen heraus vorher nicht gegeben. Und ein solches Engagement ist für uns hier eine Herausforderung und Ermutigung, ebenfalls einzugreifen und uns mehr politisch beizumessen. Die Uni Köln hat zum ersten Mal in den zehn Jahren, in denen wir engagiert sind, allgemeinpolitisch Stellung bezogen – gegen die Gleichschaltung der Hochschulen und die Verfolgung demokratischer Wissenschaftler in der Türkei. Völlig zurecht merkte eine Vertreterin der Hochschullehrer an: Wir dürfen uns hier nicht heraushalten, wenn man bedenkt, wie viel mehr Mut es von den Kolleginnen und Kollegen in der Türkei verlangt, sich zu positionieren.

Und wir haben hier wesentliche Verantwortung, denn die Bundesregierung ist eine der zentralen Stützen der Erdoğan-Politik. Ein Mitstreiter aus der Türkei antwortete auf meine Frage, ob Erdoğan seine Politik fortsetzen könnte, wenn er nicht von Merkel gestützt würde: Erstens müsse die türkische Regierung ständig ihre Politik korrigieren. Ich denke, dass auch die heutige Ankündigung von Erdoğan, die Klagen wegen Präsidentenbeleidigung fallen zu lassen, ein Zugeständnis an die Opposition in der Türkei und im Ausland zum autoritären Kurs der Regierung ist. Zweitens würde die Regierung Merkel ihre Politik nicht ändern, es sei denn, türkische und deutsche Friedensbewegung würden sie dazu zwingen. Damit denke ich ist die Aufgabe an uns gestellt. Seitens der Bundesregierung wird gekuschelt, weil es nicht um Menschenrechte geht, sondern um Geschäfte. Die Türkei zählt zu den wichtigsten Exportländern der EU, sie hat 2015 Russland von Platz vier der wichtigsten EU-Absatzmärkte verdrängt. Und die Bundesregierung ist der größte Investor in der Türkei. Hinter mehr als 6630 türkischen Unternehmen stecken deutsche Investoren.

Eine Zusammenarbeit mit unguter historischer Tradition: Schon über beide Weltkriege erstreckt sich die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit, samt Versorgung der deutschen Rüstungsindustrien mit Rohstoffen durch die Türkei während des Faschismus. Das faschistische Deutschland half bei der Ausbildung türkischer Soldaten und war die primäre Quelle der Türkei für Rüstungsgüter; deutsche Firmen unterstützten außerdem den Aufbau der türkischen Waffenindustrie.

Heute verdient die deutsche Wirtschaft – aller Wahrscheinlichkeit nach – auch daran, dass in der Türkei die Bevölkerung im Osten bombardiert, dass Proteste niedergeschlagen und in den Gefängnissen gefoltert wird. Aus einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Linken geht hervor, dass von 2013 bis 2015 Waffenlieferungen, sogenannte „Dual-Use“-Güter und potentielle Folterinstrumente im Wert von über einer Milliarde Euro in die Türkei exportiert wurden. Die Türkei wird hochgerüstet, weil sie „als NATO-Bündnispartner (...) in enger Nachbarschaft zu den Konfliktregionen des Nahen und Mittleren Osten einen substantziellen Beitrag zur bündnisgemeinsamen Verteidigung.“ leistet. So ebenfalls aus der Antwort der Bundesregierung auf die Frage, ob die juristische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei gestärkt habe.

Neu ist also nicht die geopolitische und militärische Zusammenarbeit der Mächtigen der BRD und der Türkei, neu ist, dass sie in diesem Ausmaß in der Kritik steht. Sie ist in dieser Form weder den Menschen in der Türkei, in Deutschland noch den Geflüchteten dienlich, sondern befördert Bürgerkrieg und weitere Flucht. Die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei und der Flüchtlingsdeal zwischen Merkel und Erdoğan müssen beendet werden. Nur so werden Fluchtursachen bekämpft und nicht Flüchtlinge. Immer schon hat es in Opposition zu den Intrigen der Mächtigen die Kooperation von unten für Frieden und Menschenwürde gegeben, darauf können wir aufbauen.

Abschließend ein historisches Parallel. Der antifaschistische Autor Arnold Zweig hat in seinem Roman „Grischa“ den Geisteszustand des deutschen Heeres kurz vor Ende des 1. Weltkriegs beschrieben. Er beschreibt, wie die Heeresleitung versuchte, mit Repression den Kontakt der deutschen Truppen mit russischen Deserteuren zu verhindern, denn:

„Es gehe ja längst um die Angst vor der Ansteckung der Mannschaften mit dem Denken, darum, den Geist der Selbstbefreiung, der die Russen nach namenlosen Jahren endlich ergriffen habe, am Überspringen auf das deutsche Heer zu verhindern. »es geht überhaupt nicht mehr um Krieg und Sieg«, (...) »es geht längst um Politik, um Machtkämpfe für den Klassenstaat, um die Herrschaft der wenigen über alle. Das militarisierte Volk ist nur der reine Ausdruck des modernen Volkes überhaupt. Siebzig Millionen ins Gutdünken von dreitausend eigenmächtigen Herren gestellt! Heute erfassen sie die Frauen, morgen machen sie mit den Schulen, was sie wollen. (...)«“

Soviel Arnold Zweig zur Lage in Deutschland kurz vor der historischen Wende von 1917/1918, kurz bevor der Krieg durch Aufstände der Bevölkerungen in Russland und Deutschland beendet wurde. Dazu ein Zitat aus jüngster Zeit:

„Es ist vielleicht keine revolutionäre Stimmung, aber ich kann so etwas wie weitverbreitete Ungeduld spüren. Wenn sich die Ungeduld von einer individuellen Erfahrung in eine gesellschaftliche Erfahrung verwandelt, ist das der Beginn von Revolutionen.“

Das sagt nicht etwas Antonio Gramsci oder Alexis Tsipras, sondern vor einem Jahr Roland Tusk, konservativer Präsident des Europäischen Rats, weil er die Auswirkungen griechischen Schuldenkrise auf die geistige und politische Situation befürchtet.

In diesem Sinne noch einmal Danke für die Einladung, lasst uns die Aufklärungsarbeit und die Proteste fortsetzen und insbesondere die Friedensdemonstration am 8. Oktober dieses Jahres in Berlin zu einer einschneidenden, geschichtsmächtigen Demo machen. Wir sollten unbedingt überlegen, wie es uns in Köln gelingt, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften einzubeziehen und Busse zu stellen.